

Gewerkschaften und Politik

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-330231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

man solche Mehrausgaben auf 12,000 bis 15,000 Fr. durchschnittlich pro Jahr, so wird kaum übertrieben. Uebrigens wird unter dem heutigen Zustand gelegentlich von höchster Stelle darauf hingewiesen, daß ein Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für das Sekretariat (rund 46,000 Fr.) und denen für politische Aktionen (durchschnittlich 30,000 Fr. pro Jahr) bestehe. — Wenn nun in Zukunft die Ausgaben für Parteileitung und Sekretariat um 21,000 Fr., die für politische Aktionen nur um 15,000 Fr. steigen, dann wird dieses Verhältnis nicht besser.

Soll das Revisionsprojekt in absehbarer Zeit vollständig verwirklicht werden können, dann müssen mindestens 35,000 Fr. mehr regelmäßige Einnahmen pro Jahr für die Partei beschafft werden können, ohne das bleiben wir auf halber Straße stecken. — Wir haben einen teureren und komplizierten Apparat, aber keine nennenswerte Steigerung der Aktionen.

Wie diese Mittel bekommen? Die normale oder selbst eine forcierte Mitgliedergewinnung läßt Mehreinnahmen in der Höhe von 5000 bis 6000 Fr. jährlich so lange erwarten, bis eine große Krise oder sonst ein Mißgeschick Rückschläge bringt. — Somit bleibt nur der Ausweg einer Beitragserhöhung, ohne die werden Erfolge, die man von der Statutenrevision erwartet, nur zum kleinsten Teil eintreten können.

Ob die objektiven Verhältnisse in der Schweiz so sind oder nicht, daß wir durch vermehrtes Rüstzeug und andere Arbeitsmethoden schließlich eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu unsern Gunsten bewirken können, bleibt eine Frage, über die ich mich bei anderer Gelegenheit in unserer Revue einmal aussprechen möchte.

Gewerkschaften und Politik.

Von Dr. Arthur Schmid.

Auf allen Gebieten des Lebens hat die klassenbewußte Arbeiterschaft schwere Kämpfe auszufechten. Das Unternehmertum und die Machthaber der bürgerlichen Welt versuchen jeden Erfolg der Sozialdemokratie illusorisch zu machen und alle fortschrittlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft aufzuhalten und zu hemmen. Der Klassenkampf, der von ihnen der Arbeiterschaft gegenüber geführt wird, bedient sich oft der brutalsten Mittel. So wie es am Anfang der Arbeiterbewegung Länder gab, wo um das Vereinsrecht schwer gekämpft werden mußte, so gibt es heute wiederum Länder, wo weder eine freie Gewerkschaftsbewegung, noch eine sozialdemokratisch-politische Bewegung möglich ist.

Bis heute hat die Arbeiterbewegung zwei verschiedene Organisationen für ihre Kämpfe geschaffen. Auf der einen

Seite stand die *Sozialdemokratische Partei* als politische Organisation der klassenbewußten Arbeiterschaft. Ihre Aufgabe war, die politischen Kämpfe zu führen. Sie organisierte die Arbeiter zu diesem Zwecke lokal in regionalen Organisationen und in Landesorganisationen.

Auf der andern Seite hatte die klassenbewußte Arbeiterschaft ihre *Gewerkschaften*. Diese Organisationen standen in direktem Kampfe um die Besserstellung der Arbeiterschaft im einzelnen Fabrikbetrieb oder im einzelnen Berufszweig. Die gewerkschaftliche Organisation schloß die Arbeiter der Fabrik und des Berufes zusammen. Außer den lokalen gewerkschaftlichen Organisationen entstanden Landesorganisationen, die sich schließlich zu Spitzenverbänden zusammenschlossen.

In beiden Organisationen sind zum Teil die gleichen Leute tätig.

Wenn die Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzungen, höhere Löhne, bessere hygienische Verhältnisse in den Fabriken, das Mitspracherecht in den Betrieben kämpfen, dann kämpfen sie um Forderungen, die politisch in der Arbeiterschutzgesetzgebung ihren Niederschlag finden. Es ist ganz begreiflich, daß die beiden großen Organisationen um gleiche Ziele kämpfen und daß deshalb ein gleichgerichtetes Handeln der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften notwendig ist. Die politischen Organisationen kämpfen durch ihre parlamentarischen Vertretungen für die Kampfforderungen der Gewerkschaften. Sie versuchen, wenn möglich, die errungenen Erfolge gesetzlich zu verankern.

Andererseits haben die Gewerkschaften ein großes Interesse daran, daß die Sozialdemokratie stark wird und ihren Einfluß zugunsten der Forderungen der Gewerkschaften geltend macht. Deshalb ist es auch begreiflich, daß die Gewerkschaftsblätter in vielen Fällen die Parolen der Sozialdemokratie aufnehmen und für sie eintreten. Dabei muß immerhin erwähnt werden, daß viele Gewerkschaften jahrzehntelang auf dem Standpunkt der *politischen Neutralität* gestanden haben und daß es auch heute noch in einzelnen Gewerkschaften eine Anzahl Gewerkschafter gibt, die nicht sozialdemokratisch organisiert sind; ja, daß es sogar Mitglieder der Gewerkschaften gibt, die in andern politischen Parteien Mitglieder sind und die für diese Parteien politische Aemter bekleiden.

Es sind nun in der letzten Zeit immer wieder Fälle vorgekommen, wo gewerkschaftliche Organisationen politische Fragen nicht nur erörterten, sondern auch zu ihnen Stellung bezogen haben. Daß der Eisenbahnverband das größte Interesse an der Ausarbeitung des Beamtengesetzes hatte und sich mit ihm sehr einläßlich beschäftigte und zu dem Gesetzesentwurf und den Beratungen im Parlamente Stellung nahm,

ist begreiflich. Ob die Sozialdemokratische Partei dieselbe Stellung einzunehmen hatte, wie der Eisenbahnverband, beispielsweise dem Streikverbot und damit dem Gesetz gegenüber, ist eine Frage für sich. Indessen sind diese Fragen durch die Sozialdemokratische Partei bereits entschieden worden, und es hat heute keinen Sinn, auf sie zurückzukommen.

Was indessen erörtert werden muß, das ist zweifellos die Stellungnahme einzelner Gewerkschaften und einzelner Gewerkschaftsverbände zu den Bundesratswahlen und andern politischen Fragen, die neuerdings auftauchen. Erinnern wir beispielsweise an die Alkoholrevision. Sobald die Gewerkschaften in allen diesen Fragen Stellung beziehen, so wird sich zweifellos daraus eine *Schwächung in der Aktionsfähigkeit der gesamten Arbeiterbewegung* ergeben.

Die Hauptstärke der organisierten Arbeiterschaft auf politischem Gebiete lag bis heute in *einer einheitlichen politischen Organisation und Leitung*. Die schweizerische Sozialdemokratie hat schwere innere Kämpfe durchmachen müssen, bis sie zu einer geschlossenen politischen Partei gelangte. Sie hatte zur Zeit dieser Geschlossenheit die größten Erfolge zu verzeichnen. Zweifellos haben an diesen Erfolgen die Gewerkschaften großen tätigen Anteil genommen, aber die *Führung war eine einheitlich politische*. Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Kommunisten wurde die Einheit der politischen Bewegung gefährdet und einige Jahre wurde auch der Kampf der organisierten Arbeiterschaft geschädigt. Dort, wo die Kämpfe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit größter Leidenschaft geführt werden, profitiert auch heute noch die Bourgeoisie von dieser Zerrissenheit.

Die meisten Gewerkschaftsführer sind je und je auf dem Boden der Einheit der politischen Arbeiterbewegung gestanden. Um so verwunderlicher ist es, wenn heute einzelne Fragen absolut politischer Art zum Gegenstand der Erörterungen von gewerkschaftlichen Organisationen gemacht werden. Wenn ein solches Vorgehen Schule machen sollte, dann werden wir die Arbeiterbewegung dadurch nicht fördern, sondern sie schwächen. Es ist sicher, daß alle Differenzen, die zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien bei politischen Fragen auftauchen sollten, nur der Bourgeoisie nützen könnten und der Arbeiterschaft schaden würden. Auch heute noch ist die *Zweiteilung zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Bewegung eine Notwendigkeit*. Die Gewerkschaftsführer sind fast alle in unserer Sozialdemokratischen Partei organisiert. Sie haben es in der Hand, ihre Mitglieder zu veranlassen, sich möglichst zahlreich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Damit werden sie nicht nur die Sozialdemokratische Partei stärken, sondern sie werden auch jene Auffassungen, die in ihrer

Gewerkschaft vertreten werden, nachhaltiger und eindrucksvoller in der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck bringen. Wenn aber die Gewerkschaften *als solche* zu politischen Fragen Stellung nehmen, dann liegt *für viele Gewerkschaftsmitglieder überhaupt keine Notwendigkeit mehr vor, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten*. Wenn innerhalb der Gewerkschaften politische Fragen erörtert werden, die nicht direkt mit den gewerkschaftlichen Kämpfen zusammenhängen, dann wird es allen Gewerkschaftern möglich, auch jenen, die der Sozialdemokratischen Partei *nicht* angehören, ja *sogar bei einer bürgerlichen Partei Mitglied sind*, die Auffassung der Gewerkschaft in diesen politischen Fragen zu beeinflussen. *Ob unter diesen Umständen noch von einer sozialdemokratischen Politik gesprochen werden könnte, ist eine Frage, die wir nicht bejahen möchten.*

Was uns aber noch viel gefährlicher erscheint, das sind die Konsequenzen dieses Vorgehens. Wer will die einzelnen Gewerkschaftsverbände verhindern (wenn nun einmal aktuelle politische Fragen durch die Gewerkschaften diskutiert werden und man über sie Beschlüsse faßt), selbständig zu all diesen Fragen Stellung zu nehmen? Warum sollen nicht in einer Stadt oder in einem Kanton bei einer Besoldungsvorlage die verschiedenen Gewerkschaften Stellung beziehen? Warum könnte nicht eine Gewerkschaft für die Vorlage und die andere dagegen Stellung nehmen? Genau das gleiche gilt für andere politische Fragen, gilt für Wahlen. *Statt einer festen Geschlossenheit auf politischem Gebiete würde eine Zerfahrenheit und Unentschiedenheit Platz greifen*. Erfolgreiche Kämpfe können nur geführt werden bei einer geschlossenen, einheitlich organisierten und einheitlich geleiteten Kampforganisation. Das gilt für die Gewerkschaften wie für die politischen Parteien. Man kann nicht mit dem Schlagwort der Bourgeoisie, die von einer *«Verwirtschaftlichung der Politik»* redet, ein *taktisch verfehltes Vorgehen entschuldigen*. Unsere Vorbilder sind übrigens nicht in der bourgeoisen Politik zu suchen. Die Arbeiterklasse hat gute Erfahrungen gemacht, indem sie politische und gewerkschaftliche Fragen auseinander hielt und indem sie von beiden Seiten die kapitalistische Front angriff, um dem Fortschritt neues Terrain zu erkämpfen. Wir haben alle Ursache, die Erfahrungen der Vergangenheit *nicht* zu mißachten. Auch wenn wir in einer Zeit leben, wo gewerkschaftliche Kämpfe, insbesondere Streiks, nicht so leicht zu führen sind wie vor Jahren oder Jahrzehnten, so ist das noch lange kein Grund, daß sich die Gewerkschaften nun mit politischen Fragen beschäftigen. *Das Gebiet der gewerkschaftlichen Betätigung ist so groß, so umfangreich und gibt so ungeheuer viel Arbeitsmöglichkeiten*, daß die Gewerkschaften auf diesem Gebiet Arbeit in Hülle und Fülle haben. So wenig die Sozialdemokratische Partei, wenn sie die Führung auf

politischem Gebiete in den Kämpfen des Proletariates behalten und diese Kämpfe erfolgreich führen will, sich ihre Parolen von irgendwelchen Sportorganisationen diktieren lassen kann, so wenig kann sie von den Gewerkschaften aus die politischen Parolen bestimmen lassen.

Es gibt hier nur ein *Entweder-Oder*.

Entweder bilden sich die heutigen Gewerkschaften weiter, indem sie nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben in den Kreis ihrer Tätigkeit ziehen, sondern auch die gesamten politischen Aufgaben, welche die Sozialdemokratie zu erfüllen hat, übernehmen. Das würde bedingen, daß jeder Gewerkschafter ein überzeugter Sozialdemokrat ist; daß jene, die politisch anders denken, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden und daß nun die Gewerkschaften einheitlich und als geschlossene Kampforganisation den politischen Kampf an Stelle der Sozialdemokratischen Partei führen.

Oder man kämpft wie bisher: Die Sozialdemokratie führt die politischen Kämpfe und die Gewerkschaften führen die gewerkschaftlichen Kämpfe.

Wenn man etwas anderes will, dann schädigt man die Arbeiterschaft. Dann ruft man Differenzen und Spaltungen hervor, welche *nicht* der Arbeiterschaft, sondern der Bourgeoisie nützen.

Wir sind aber überzeugt davon, daß kein Gewerkschaftsführer das will. Wir fanden es immerhin für notwendig, auf die Konsequenzen, die eventuell aus Einzelfällen der letzten Zeit entstehen könnten, hinzuweisen, um *rechtzeitig* an einer Abklärung zu arbeiten.

Die Krise im Basler A. C. V.

Von *Friedrich Heeb*.

Der Streik im Allgemeinen Consumverein beider Basel ist nach einwöchiger Dauer am 29. Oktober durch den Spruch eines zuvor von beiden Parteien anerkannten Schiedsgerichts beendet worden. Seine Auswirkungen nach den verschiedensten Seiten werden aber noch lange zu spüren sein, zumal ja eine leider von unserer Basler Partei unterstützte kommunistische Initiative auf Abberufung des Genossenschaftsrates dafür gesorgt hat, daß die Gemüter nicht so schnell zur Ruhe kommen.

Zu den Fragen, die der Basler A. C. V.-Konflikt aufgeworfen hat, sollte meines Erachtens die schweizerische Gesamtpartei Stellung nehmen, da es sich um Dinge handelt, die von unserem sozialistischen Standpunkt aus ernsteste Beachtung verdienen, und alle Anzeichen dafür sprechen, daß der Konflikt nach der